

---

# Editorial: Finanzielle Bildung: Was soll die Politik tun?

**LUKAS MENKHOFF UND DORIS NEUBERGER**

---

Lukas Menkhoff, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin, E-Mail: lmenkhoff@diw.de  
Doris Neuberger, Universität Rostock, E-Mail: doris.neuberger@uni-rostock.de

---

Die Deutschen sparen häufig zu wenig für ihre Altersversorgung, ihre Geldanlagen sind unzureichend diversifiziert und oft renditeschwach. Zudem gelten fast 10 Prozent der Bevölkerung als überschuldet, viele sind auch zu teuer verschuldet indem sie bspw. permanent ihr Girokonto überziehen. Schon Jugendliche überschulden sich wegen zu teurer Handy-Verträge. Besonders einkommensschwache Verbraucher geraten in eine Falle wucherischer Kreditverträge und Überschuldung. Problematisches Finanzverhalten, aber auch „fragwürdige“ Finanzprodukte gibt es hinreichend. Entsprechend groß ist der Bedarf, diese Situation zu verbessern.

Diverse Maßnahmen, von Schulungsmaterial über spezielle Kurse bis zum Schulunterricht, zielen darauf die fehlende Finanzbildung zu verbessern. Demnach umfasst finanzielle Bildung eine Menge an Instrumenten, um sub-optimalem Verhalten entgegen zu wirken. Andere Instrumente, mit denen die Ergebnisse von Finanzverhalten verbessert werden könnten, sind bspw. eine bessere Finanzberatung oder die Eliminierung von „schlechten“ Finanzprodukten mittels besserer Regulierung.

Finanzielle Bildung ist jedenfalls ein umstrittenes Thema, und das wegen seiner beiden Bestandteile: Finanzen sind vielen suspekt und Bildung gilt zwar generell als anstrengenswert, aber strittig ist was dies konkret bedeuten soll. Insofern gibt es weder im öffentlichen noch im akademischen Diskurs annähernde Einigkeit, was man der Politik empfehlen könnte. Manche Kontroverse scheint uns auch daran zu liegen, dass die Beteiligten in ihrer Position verharren und möglichen Gegenargumenten nicht immer die volle Aufmerksamkeit schenken. Selbst wenn dies zutrifft bleiben aber hinreichend gute Argumente für nicht vereinbare Positionen, so dass die Politik letztlich eine Entscheidung treffen muss, welche Maßnahmen sie ergreift oder eben auch nicht. Wir werden dies später noch deutlicher ausführen.

Zuerst skizzieren wir kurz die Beiträge in dieser Ausgabe der Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung. Wir haben diese Beiträge tendenziell so geordnet, dass wir vom ökonomischen Mainstream ausgehen, bis hin zu der Vorstellung, dass ein Schulfach Wirtschaft sinnvoll sei. Dann präsentieren wir die Kritik daran, ausgehend von der Kritik an solch einem Schulfach. Sozusagen den dritten Teil dieses Hefts bilden zwei Beiträge, die Vorschläge über die Kontroverse um eine curriculare finanzielle Bildung hinaus machen.